

**Ergebnisprotokoll**  
**der 21. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,**  
**Energie und Landwirtschaft vom 14.09.2017**

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:20 Uhr

**Anwesende: I Deputation**

**1. vom Senat**

Herr Senator Dr. Lohse  
Herr Staatsrat Meyer  
Herr Staatsrat Deutschendorf

**2. von der Bürgerschaft**

**SPD-Fraktion**

Frau Grotheer für Herrn Crueger  
Herr Hamann für Herrn Senkal  
Frau Sprehe  
Herr Pohlmann

**CDU-Fraktion**

Frau Neumeyer  
Herr Scharf  
Herr Strohmann

**Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe  
Herr Bücking

**Die Linke**

Frau Bernhard

**FDP-Fraktion**

Herr Buchholz

**II Verwaltung**

Frau Prof. Dr. Reuther  
Herr Polzin  
Herr Viering  
Herr Dr. Sünemann  
Herr Bürger  
Herr Dr. Lampe  
Frau Nanninga  
Frau Haubold  
Frau Gerber  
Herr Bergt  
Herr Dr. Viebrock-Heinken  
Herr Klugkist  
Herr Gotzen  
Frau Kulmann  
Frau Zimmermann  
Frau Piepe  
Herr Sauer

Der Senator für Umwelt, Bau und  
Verkehr

Amt für Straßen und Verkehr

**III Gäste**

Herr Massmann

Beirat Osterholz

**IV Gastdeputierte**

Frau Schiemann	SPD-Fraktion
Herr Saffe	Fraktion B´90/ Die Grünen
Frau Dr. Schaefer	Fraktion B´90/Die Grünen
Herr Imhoff	CDU-Fraktion
Herr Schwarz	CDU-Fraktion
Herr Schomaker	FDP-Fraktion
Herr Janßen	Fraktion DIE LINKE

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 21. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
-------	-------------------------------------	--

Herr Pohlmann verweist auf die Nachträge zur Tagesordnung, von denen TOP 9b und 10a als Tischvorlage vorliegen. Zu den TOP 9a und 13m wurde eine Neufassung versandt.

Herr Senator Dr. Lohse bittet darum, die Vielzahl an Tischvorlagen und Neufassungen zu entschuldigen.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.*

TOP 2	<b>Genehmigung von Protokollen:</b> <ul style="list-style-type: none"><li>• Protokoll der Sondersitzung vom 08.08.2017</li></ul>	L/S
-------	--	-----

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.*

*Einstimmig*

TOP 3	<b>Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft</b> -02-	L/S
-------	---	-----

Siehe auch Protokoll der 21. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft am 14.09.2017.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.*

*Einstimmig*

TOP 4	<b>Sitzungstermine der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft für das Jahr 2018</b> -02-	Vorlage 19/301  L/S
-------	--	------------------------------

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt den aufgeführten Terminvorschlägen für 2018 zu.*

*Einstimmig*

<b>TOP 5</b>	<b>Produktgruppencontrolling (Produktplan 68 –Umwelt, Bau, und Verkehr–) mit Stand Juni 2017</b> -12-	Vorlage 19/306  <b>L/S</b>
--------------	--	-------------------------------------

Siehe auch Protokoll der 21. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft am 14.09.2017.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht über das Produktgruppencontrolling zur Kenntnis.*

<b>TOP 6</b>	<b>Bebauungsplan 2477 für ein Gebiet in Bremen-Häfen, Ortsteil Industriehäfen zwischen Hans-Glas-Straße, Wilhelm-Maybach-Straße, Gleisanlagen der Industriebahn und dem Werksgelände des Stahlwerks</b> (Bearbeitungsstand: 08.08.2017) - Planaufstellung - Öffentliche Auslegung -FB01-	Vorlage 19/311
--------------	--	-------------------

**Frau Sprehe** möchte wissen, ob die Planung, der Anregung des Beirats folgend, einen Radweg ins Werderland berücksichtigt.

**Frau Dr. Schaefer** bittet um Erläuterungen zur Problematik des Trümmerwurfs.

**Herr Viering** führt aus, dass der Bebauungsplan die planungsrechtlichen Voraussetzungen dafür schaffe, damit ein Radweg gebaut werden könne. Eine Umsetzung hänge von der weiteren Ausbauplanung ab, die gesondert erfolgen müsse.

Es gehe hier um einen Sonderfall, da ursprünglich angenommen wurde, dass die Gewerbeflächenentwicklung dort noch länger dauern werde und daher unter der Geltung des alten Bebauungsplanes diese Windenergieanlage dort gebaut wurde. Durch den hier vorgelegten Plan werde es möglich, dass die gewerbliche Entwicklung, anders als sonst üblich, in die Nähe der Windenergieanlage rücke. Dies habe dazu geführt, dass die WFB als Eigentümerin der Fläche ein Gutachten in Auftrag gegeben habe, um mögliche Konflikte zu erkennen. Entsprechend der Hinweise in diesem Gutachten würden die Festsetzungen im Bebauungsplan erfolgen. Im konkreten Bauvorhaben werde dann geprüft werden, ob und welche Einschränkungen tatsächlich erforderlich sein werden.

Grundlage sei das Immissionsschutzrecht.

**Herr Bürger** ergänzt, dass der Bebauungsplan den Hinweis gebe, dass dort eine Gefahr bestehe, die zu beachten sei. Welche Maßnahmen daraus resultieren, hänge davon ab, welche Nutzung tatsächlich vorgesehen werde. Beispielsweise könne es erforderlich sein, dass ein kleines Gefahrstofflager anstatt mit einem Blechdach vielleicht mit einer Betondecke gebaut werden müsse. Aber es sei kein Ausschlusskriterium für eine Gewerbenutzung.

**Herr Bücking** möchte wissen, ob es sich hier um einen Präzedenzfall handeln könnte.

**Herr Staatsrat Meyer** erläutert, dass man hier, aber auch an anderen Standorten immer wieder einen Konflikt zwischen Windkraft und Gewerbeansiedlung habe. Dem könne man mit solchen Festsetzungen auch begegnen. Eine Gewerbeansiedlung werde nicht grundsätzlich ausgeschlossen, sondern es gehe um Anpassungen, ggf. um bauliche Maßnahmen. Dies betreffe auch das Konfliktfeld Schattenwurf oder Diskoeffekt, wo man ggf. die Gebäudegeometrie anpassen oder mit Sichtschutz arbeiten müsse.

**Herr Viebrock-Heinken** ergänzt, dass Trümmerwurf kein neuer Aspekt sei. Hier gehe es jedoch um eine Sondersituation, die Windenergieanlage stehe bereits in einem Gebiet, das nun überplant werde. Es sei unwahrscheinlich, dass eine solche Problemlage häufiger auftrete.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Bebauungsplan 2477 für ein Gebiet in Bremen-Häfen, Ortsteil Industriehäfen zwischen Hans-Glas-Straße, Wilhelm-Maybach-Straße, Gleisanlagen der Industriebahn und dem Werksgelände des Stahlwerks (Bremer Industrie-Park) (Bearbeitungsstand: 08.08.2017) aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans 2477 für ein Gebiet in Bremen-Häfen, Ortsteil Industriehäfen zwischen Hans-Glas-Straße, Wilhelm-Maybach-Straße, Gleisanlagen der Industriebahn und dem Werksgelände des Stahlwerks (Bremer Industrie-Park) (Bearbeitungsstand: 08.08.2017) einschließlich Begründung zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Bebauungsplan 2477 für ein Gebiet in Bremen-Häfen, Ortsteil Industriehäfen zwischen Hans-Glas-Straße, Wilhelm-Maybach-Straße, Gleisanlagen der Industriebahn und dem Werksgelände des Stahlwerks (Bremer Industrie-Park) (Bearbeitungsstand: 08.08.2017) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

<b>TOP 7</b>	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 129 für die Errichtung eines Ärztehauses und die Erweiterung des Bettenhauses I auf dem Gelände des St. Joseph-Stifts an der Schwachhauser Heerstraße zwischen Schubertstraße und Lüder-von-Bentheim-Straße in Bremen-Schwachhausen</b> (Bearbeitungsstand: 11.08.2017) - Planaufstellung - Öffentliche Auslegung -FB01-	Vorlage 19/312
--------------	---	-------------------

**Herr Saxe** weist darauf hin, dass im Laufe des letzten Jahrzehntes bei jedem Antrag des Klinikums auf ein neues Gebäude darauf hingewiesen wurde, dass es das letzte Mal sein müsse und wenn noch mehr Verkehr dazu komme, dann müsse ein Verkehrskonzept erarbeitet werden. Durch die geplante Bebauung sei wieder eine Erhöhung des Verkehrs zu erwarten. Er möchte daher wissen, ob an einem Gesamtkonzept gearbeitet werde. Weiter fragt er, ob der Einbau einer Solaranlage verpflichtend vorgeschrieben werden könne.

**Herr Viering** betont, dass auch aus Sicht der Verwaltung ein Gesamtplan für das Krankenhausareal erforderlich sei. Dies sei auch mit dem Klinikum St. Joseph-Stift so verabredet. Ein solcher Plan brauche jedoch Zeit, weil er viele Themen berücksichtigen müsse, eben auch den Verkehr. Das Klinikum habe argumentiert, dass die aktuelle Baumaßnahme nicht warten könne, bis dieser Plan fertig sei. Es sei aber allen Beteiligten klar, dass sämtliche baulichen Möglichkeiten auf der Grundlage des geltenden Planungsrechts nun ausgeschöpft seien und es keine weiteren Dispense mehr geben werde.

Im Bebauungsplan selbst könne eine Solaranlage nicht vorgeschrieben werden. Dieses Thema werde üblicherweise in den Verhandlungen zum Durchführungsvertrag angesprochen.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass für den Geltungsbereich des anliegenden Entwurfs des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 129 ein vorhabenbezogener Bebauungsplan (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 129 für die Errichtung eines Ärztehauses mit ergänzender Krankenhausnutzung und die Erweiterung des Bettenhauses I auf dem Gelände des St. Joseph-Stifts an der Schwachhauser Heerstraße zwischen Schubertstraße und Lüder-von-Bentheim-Straße in Bremen-Schwachhausen (Bearbeitungsstand: 11.08.2017) einschließlich Begründung zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 129 für die Errichtung eines Ärztehauses mit ergänzender Krankenhausnutzung und die Erweiterung des Bettenhauses I auf dem Gelände des St. Joseph-Stifts an der Schwachhauser Heerstraße zwischen Schubertstraße und Lüder-von-Bentheim-Straße in Bremen-Schwachhausen (Bearbeitungsstand: 11.08.2017) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

<b>TOP 8</b>	<b>Bebauungsplan 2487 für ein Gebiet in Bremen - Horn-Lehe zwischen Hochschulring, Wilhelm-Herbst-Straße, Robert-Hooke-Straße und Bundesautobahn A27</b> (Bearbeitungsstand: 14.07.2017) - Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung - Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft -FB01-	Vorlage 19/313
--------------	---	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft bittet den Senat und die Stadtbürgerschaft, den Bebauungsplan 2487 für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe zwischen Hochschulring, Wilhelm-Herbst-Straße, Robert-Hooke-Straße und Bundesautobahn A27 (Bearbeitungsstand: 14.07.2017) in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahme und ihrer empfohlenen Behandlung (Anlage zum Bericht) zu beschließen.

Einstimmig

<b>TOP 9</b>	<p><b>NAS2018</b>  <b>Entwurf eines Ortsgesetzes zur Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts für die öffentliche Abfallentsorgung und Straßenreinigung</b>                  - 25 -</p>	Vorlage 19/217
--------------	---	-------------------

**Herr Staatsrat Meyer** erläutert die Vorlage.

**Herr Janßen** kritisiert, dass im Verwaltungsrat keine paritätische Besetzung mit Arbeitnehmervertreter\*innen vorgesehen sei. In Berlin oder Hamburg, fänden sich auch Anstalten öffentlichen Rechts, in denen ein Arbeitnehmeranteil im Verwaltungsrat von 50 % vorhanden sei. Natürlich könne die Stadtbürgerschaft auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer benennen, über den Umweg könne man eine Parität herstellen. Trotzdem sei dieser Punkt hier kritisch anzumerken.

Die Vorlage enthalte eine Liste von Liegenschaften und Gegenständen, die in das Eigentum der AöR überführt werden sollen. Er möchte wissen, ob diese Liegenschaften tatsächlich überführt werden können und falls nicht, welche Möglichkeiten hinsichtlich der Recyclinghöfe bestehen.

**Herr Staatsrat Meyer** stellt klar, dass im Gesetz der Verwaltungsrat gesetzlich nicht paritätisch besetzt sein dürfe. Das sei z.B. in Hamburg auch nicht der Fall. Das Bundesverfassungsgericht habe dazu festgelegt, dass staatliche Gewalt in der Mehrheit zurückgehend auf die Abgeordneten legitimiert sein müsse. Die AöR übe staatliche Gewalt aus, sie erteile Bescheide und agiere als öffentlich rechtlicher Entsorgungsträger. Deshalb müsse der Verwaltungsrat nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil mehrheitlich durch den vom Wähler demokratisch legitimierten Souverän, also die Abgeordneten, besetzt sein. In Hamburg sei ein paritätisch besetzter Verwaltungsrat dadurch entstanden, dass die Abgeordneten weitere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewählt haben. Damit sei die Legitimationskette gegeben.

Zu den Liegenschaften berichtet er, dass in den Verträgen von 1998 weder ein Rückkaufsrecht noch Endschaftsklauseln zu finden seien. Es obliege also dem Verhandlungsgeschick der Freien Hansestadt Bremen, in den Wiederbesitz von Flächen zu kommen, die 1998 verkauft wurden.

**Frau Nanninga** ergänzt, dass die in der Anlage zum Gesetz genannten Liegenschaften sich in kommunalem Eigentum befinden und daher sicher übergehen können

**Frau Dr. Schaefer** betont, dass im weiteren Verfahren darauf zu achten sei, dass es hinsichtlich der Recyclinghöfe nicht zu Qualitätseinbußen komme.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Ortsgesetzes „Ortsgesetzes zur Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts für die öffentliche Abfallentsorgung und Straßenreinigung“ zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft ermächtigt den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die Personalliste zu aktualisieren.

*Zustimmung  
gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP*

<b>NACHTRAG TOP 9a)</b>	<p><b>Integriertes Entwicklungskonzept „Schweizer Viertel“:                  Bau eines Mehrgenerationenplatzes und Finanzierung aus dem Programm „Soziale Stadt“</b>                  -72-</p>	Vorlage 19/320
-----------------------------	--	-------------------

**Herr Staatsrat Deutschendorf** erläutert die Vorlage.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt die Senatsvorlage vom 11.09.2017 zur Kenntnis.
2. Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt vorbehaltlich einer Beschlussfassung des Senats der Planung zum Bau eines Mehrgenerationenplatzes entsprechend dem Integrierten Entwicklungskonzept „Schweizer Viertel“ zu.
3. Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt vorbehaltlich einer Beschlussfassung des Senats der dargestellten Finanzierung und der Vorbelastung des Haushaltes 2018 sowie der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung von 260.000 € zu.

Einstimmig

TOP 9b	<b>Prozessbegleitung Stadtentwicklungsplan Wohnen (STEP Wohnen)</b> -1, 7-	Vorlage 19/321
--------	---	-------------------

**Herr Senator Dr. Lohse** erklärt die Kurzfristigkeit und den Inhalt der Vorlage.

**Frau Neumeyer, Frau Bernhard und Herr Buchholz** erklären für ihre jeweiligen Fraktionen, dass die Vorlage zu kurzfristig erfolgt sei, um Rücksprache halten zu können. Daher werden sie sich enthalten.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt einer externen Auftragsvergabe und deren Finanzierung zu.*

Zustimmung

*bei Enthaltung der Fraktionen der CDU, der FDP und DIE LINKE*

TOP 10	<b><u>Neufassung</u></b> <b>Integriertes Verkehrskonzept Überseestadt</b> -51-	Vorlage 19/317
--------	--	-------------------

**Frau Gerber** stellt das Verkehrskonzept anhand einer Präsentation vor.

**Frau Sprehe** begrüßt das Konzept, das Möglichkeiten aufweise, die fast schon unhaltbaren verkehrlichen Zustände in der Überseestadt zu verbessern und insbesondere auch den ÖPNV zu fördern. Es sei wichtig, mit kurzfristigen Maßnahmen eine schnelle Verbesserung zu bekommen. Es finde ein umfangreiches Beteiligungsverfahren insbesondere mit den Akteuren vor Ort statt, denn nur zusammen mit den Beiräten, mit den Bewohnerinnen und Bewohnern und mit dem Gewerbe vor Ort könne ein vernünftiges Konzept entwickelt werden.

**Herr Saxe** berichtet, dass einige Unternehmen aufgrund der Verkehrssituation bereits Probleme hätten, ihre Mitarbeiter\*innen zu halten oder neue zu gewinnen. Es bestehe ein erheblicher Handlungsdruck. Diese Unternehmen müssten mitgenommen werden und deren Know-How und auch das der Menschen, die dort wohnen und arbeiten, müsse genutzt werden. Die Anbindung mit dem Rad sei sehr verbesserungswürdig. Hier sei eine Verbesserung notwendig, damit der Radverkehr die Verkehrsräume dort entlasten könne.



**Frau Bernhard** ergänzt, dass die Verkehrssituation insbesondere auch für Unternehmen, die überlegen, sich dort anzusiedeln, ein wichtiger Punkt sei. Sie fragt nach den Möglichkeiten zum Ausbau der Straßenbahnverbindung.

**Herr Strohmann** merkt an, dass die entscheidende Frage sein werde, wie weit und wie schnell man in der Lage sei, die Ergebnisse auch umzusetzen.

**Herr Pohlmann** führt aus, dass niemand damit gerechnet habe, dass man heute in der Überseestadt ein Vielfaches an Beschäftigung habe, wie damals im Hafen. Es werde dort auch weiterhin PKW-Verkehr geben, durch die Beschäftigten von außerhalb und auch durch die Kundinnen und Kunden. Die Sorgen der Geschäftsleute und der Interessenvertretungen seien eine große Verantwortung und eine Standortfrage für Gewerbe und Dienstleistungen. Daneben gehe es auch um die Wegeverbindung über die Nordstraße in die gewachsenen Quartiere von Walle.

**Herr Senator Dr. Lohse** merkt an, dass man sich am Beginn eines wichtigen Beteiligungsprozesses befinde. Er ergänzt, dass die Immobilienwirtschaft als eine wichtige Akteursgruppe ebenfalls einbezogen werden müsse. Zur Frage der Straßenbahn erinnert er daran, dass der Nutzen-Kosten-Faktor derzeit kleiner 1 und damit ein solches Projekt durch den Bund nicht förderfähig sei.

Beschluss:

*Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den beigefügten Entwurf des Endberichts mit Anlagen zum Integrierten Verkehrskonzept Überseestadt zur Kenntnis. Sie stimmt dem unter B. vorgeschlagenen Vorgehen zum weiteren Abstimmungs- und Beteiligungsprozess zu und bittet um die Wiedervorlage nach erfolgter Abstimmung.*

*Einstimmig*

<b>TOP 10 a</b>	<b>Mehrbedarf in der Straßenerhaltung beim Amt für Straßen und Verkehr (ASV) für das Jahr 2017</b> -ASV, 1-	Vorlage 19/322
-----------------	--	-------------------

**Herr Senator Dr. Lohse** erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Sachdarstellung zur Kenntnis und stimmt der Finanzierung der Mittelaufstockung von 0,62 Mio. € zugunsten der Erhaltung und Anpassung von Straßen im Wirtschaftsplan SV Infrastruktur zu.*

*Einstimmig*

<b>TOP 11</b>	<b>1. Änderung der Beförderungsentgelte im Taxenverkehr der Stadtgemeinde Bremen</b> <b>2. Änderung der Verordnung über Beförderungsentgelte im Taxenverkehr der Stadtgemeinde Bremen</b> <b>(Taxentarifverordnung der Stadtgemeinde Bremen)</b> -53-	Vorlage 19/309
---------------	--	-------------------

**Die TOP 11, 12 und 13a) werden gemeinsam beraten.**

**Herr Hamann** erinnert an die Diskussion bei der letzten Erhöhung des Taxentarifes. Damals ging es um die Einführung des Mindestlohnes und in der Debatte wurde darauf hingewiesen, dass es bekannte Schwachstellen gibt. Die senatorische Behörde habe dann das genannte Gutachten in Auftrag gegeben. In der Vorlage stehe, die Unterlagen der Unternehmen seien oft nicht plausibel, die Erlöse zu niedrig und der Bereich des sinnvollen betriebswirtschaftlichen Handelns werde

verlassen. Dies seien ernste Warnsignale, mit denen man sich politisch auseinander zu setzen habe. Die Anzahl der Taxen sei zu hoch, das Gutachten empfehle einen mittelfristigen Abbau von 150 Konzessionen. Der Darstellung sei zu entnehmen, dass 28 Unternehmen kontrolliert wurden, wovon es bei 28 Unternehmen zu Verstößen kam. Auch das müsse man ernst nehmen. Von daher sei die Verbindung mit der Tarifierhöhung schwierig. Es seien Maßnahmen in die Wege zu leiten und er möchte wissen, was das Ressort dazu plane. Insbesondere fragt er, ob genügend Personal vorhanden sei, um die Kontrollen durchzuführen, und falls nicht, ob im aktuellen Haushalt sichergestellt sei, dass dort nachgesteuert werden könne. Er erwartet eine Darstellung, welchen Abbaupfad für die Konzessionen das Ressort vorsehe. In anderen Kommunen würden Fiskaltaxameter eingesetzt. Bundesweit werde davon ausgegangen, dass etwa eine Milliarde an Beiträgen nicht korrekt abgerechnet werde. Insofern würde sich die Einführung des Fiskaltaxameters mit Sicherheit rechnen. Die SPD-Fraktion erwarte hier ein Maßnahmenpaket von Seiten der Behörde.

**Frau Bernhard** schließt sich dem an. Im Zusammenhang mit dem Taxigewerbe sei häufig von mafiösen Strukturen die Rede. Das müsse nicht in allen Fällen zutreffen, aber es sei offensichtlich, dass Handlungsbedarf bestehe.

Der Winketarif müsse auf jeden Fall noch reflektiert werden. Er könnte in der Praxis zu sehr vielen Auseinandersetzungen über den zu zahlenden Tarif führen, wie in Düsseldorf oder Berlin. Düsseldorf habe den Winketarif wieder abgeschafft.

Sie begrüßt, dass das Frauen-Nacht-Taxi bestehen bleibe, der Winketarif würde dies nicht ersetzen. Sie bittet aber um Prüfung, ob das Taxameter, das aktuell zu 80% verwendet werde, auch in der Lage sei, zwei Sondertarife zu programmieren.

Diese Erhöhung katapultiere Bremen im Bundesvergleich ziemlich hoch. Es sei aber überhaupt nicht gesichert, dass die Erhöhung sich in irgendeiner Weise auf den Lohn durchschlage.

**Herr Imhoff** findet den Winketarif grundsätzlich gut. In anderen Städten funktioniere dieser teilweise sehr gut. Man müsse flexibel sein und einfach mal etwas ausprobieren. Wenn es zu vielen Streitigkeiten komme und der Winketarif sich nicht bewähre, würden die Unternehmen sicher selbst beantragen, diesen wieder abzuschaffen.

Er fragt nach der Größe und dem Stellenwert der Interessengemeinschaft Bremer TaxifahrerInnen und auf welcher Grundlage diese eine Stellungnahme abgegeben habe.

**Herr Senator Dr. Lohse** führt aus, dass keine neuen Konzessionen mehr erteilt würden. Wenn Konzessionen zu Verlängerung anstünden und aufgrund der Kontrollen Zweifel an der seriösen Abrechnungspraxis der Unternehmen bestünden, würden diese nicht verlängert. Die Kontrolldichte konnte durch einen neuen Außendienstmitarbeiter deutlich erhöht werden. Dabei arbeite man mit dem Eichamt, der Senatorin für Finanzen und dem Zoll zusammen. Es würden sowohl die Unternehmen am Betriebssitz überprüft, aber auch die Fahrzeuge direkt. Für den verpflichtenden Einsatz von Fiskaltaxametern gebe es derzeit keine Rechtsgrundlage. Hamburg habe den freiwilligen Einbau subventioniert, dies aber inzwischen wieder eingestellt, weil es nicht zielführend gewesen sei.

**Herr Polzin** berichtet, dass bisher nur wenige Konzessionen vom Markt genommen wurden. Hier seien die weiteren Kontrollen im Zusammenhang mit den im nächsten Jahr anstehenden Anträgen auf Verlängerung abzuwarten. Dieser Prozess werde sich die nächsten fünf bis zehn Jahre hinziehen. Man habe nur eine Stelle dafür, aufgrund der Haushaltslage sei kein weiteres Personal dafür zu erwarten. Neue Konzessionen werden auf der Grundlage des Gutachtens abgelehnt. Über detaillierte Informationen zur Interessengemeinschaft der Bremer TaxifahrerInnen verfüge er nicht. Die Interessengemeinschaft sei der wesentliche Zusammenschluss der angestellten TaxifahrerInnen. Im Beteiligungsverfahren versuche man, alle wesentlichen Verbände zu beteiligen, um die Argumente möglichst breit abzuwägen und transparente Entscheidungen darzustellen.

**Frau Bernhard** bittet darum, über die Erfahrungen in Hamburg mit dem Fiskaltaxameter zu berichten. Weiter fragt sie, wann sich entscheiden werde, ob das Frauen-Nacht-Taxi dauerhaft erhalten bleibe.

**Herr Senator Dr. Lohse** erläutert, dass das Frauen-Nacht-Taxi vor zwanzig Jahren als eine freiwillige Leistung der Branche eingeführt worden sei. Bedingung war damals, dass das Frauen-

Nacht-Taxi nur über die Funkzentrale bestellt werden könne. Nach Auskunft der Branche finde das kaum statt, sondern die FahrerInnen würden direkt angesprochen. Hier müsse geklärt werden, wie man dies künftig handhaben wolle.

**Herr Polzin** schlägt vor, jährlich über die Konzessionsentwicklung zu berichten.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt*

- dem Antrag auf Erhöhung der Beförderungsentgelte im Taxenverkehr der Stadtgemeinde Bremen,
  - der Einführung eines Kurzstreckenpauschaltarifs
  - der verpflichtenden Kreditkartenakzeptanz sowie
  - der Änderung der Verordnung über die Beförderungsentgelte im Taxenverkehr der Stadtgemeinde Bremen (Taxentarifverordnung der Stadtgemeinde Bremen)
- zum 9. Oktober 2017 zu.

*Zustimmung  
gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE*

<b>TOP 12</b>	<b>Neuer Taxitarif für die Stadtgemeinde Bremen: Einmal Kurzstrecke bitte!</b> -53-	Vorlage 19/319
---------------	--	-------------------

**Herr Buchholz** meint, dass es zwar in Ordnung sei, festzustellen, dass sich der Antrag der FDP-Fraktion erledigt habe, nicht aber, ihn daher abzulehnen.

**Frau Bernhard** erklärt, dass sie den Bericht ablehne, eine Ablehnung des Antrags aber befürworte.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt dem Berichtsentwurf des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr entsprechend der Anlage zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um dessen Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft).*

*Zustimmung  
gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und FDP*

<b>TOP 13</b>	<b>Berichte der Verwaltung</b>	
<b>TOP 13a)</b>	<b>Konsolidierung des Taxenmarktes in der Stadt Bremen</b> -53-	BdV schriftlich

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 13b)</b>	<b>Aktivitäten BioStadt Bremen: ergänzende Berichtsbitte Kosten des Projektes BioStadt</b> -3-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

**Herr Imhoff** bittet um eine bilaterale Auskunft zu den vollständigen Personalkosten für das Projektes BioStadt.

Auf die Frage von **Herrn Saffe** erklärt **Frau Elfers**, dass die restlichen Mittel für das Jahr 2016 in den Haushalt 2017 übertragen wurden und dort zur Verfügung stehen.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 13c)</b>	<b>Auswirkungen der Schließung der Schlachthöfe in Bremen auf ein Projekt im Rahmen BioStadt Bremen</b> -3-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

**Herr Saffe** möchte wissen, ob das Projekt weitergehen könne.

**Frau Elfers** antwortet, dass grundsätzlich ein Interesse daran bestehe, die Bio- Tiere für die Kitas und Kantinen möglichst auch in Bremen zu schlachten und zu verarbeiten und damit die Wertschöpfungskette in Bremen oder der unmittelbaren Region zu erhalten. Die Inhaber des Schlachthofes hätten nun andere Lebenspläne, darauf habe die Verwaltung keinen Einfluss. Wenn die Nachfrage steige, beispielsweise durch den Aktionsplan, fänden sich vielleicht auch andere, die ein Interesse an einem neuen Schlachthof in Bremen oder der unmittelbaren Region haben.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 13d)</b>	<b>Sachstand Kleingartenentwicklungsplan</b> -3-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 13e)</b>	<b>Mobilität in Bremen und umzu - Vertiefende Analyse der SrV 2013 und Vergleich mit den Ergebnissen aus 2008</b> -50-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

**Herr Janßen** stellt fest, dass dem Bericht ein Anstieg der Nutzung des ÖPNV gerade bei Leuten mit geringerem Einkommen zu entnehmen sei. Diesen Hinweis müsse man mitnehmen, wenn man langfristig Verkehrsplanung durchdenke.

**Herr Saxe** findet es erfreulich, dass der ÖPNV Anteil so signifikant angestiegen sei. Es werde aber auch deutlich, dass die Potenziale für die Nahmobilität aus Fuß- und Radverkehr durchaus noch nicht genutzt werden, weil eben immer noch sehr viele Kurzstrecken mit dem Auto zurückgelegt werden.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 13f)</b>	<b>Vereinbarkeit der am Bultensee geplanten Windenergieanlage mit dem Vogelschutz</b> -21-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

**Herr Janßen** stellt fest, dass das Gebiet nicht nur als Naturschutzgebiet, sondern auch als europäisches Schutzgebiet eingestuft sei. Die Verwaltung komme zu der Einschätzung, die

Abstandsregelung werde eingehalten, weil sich die Vögel alle im Nordosten befinden. Das Helgoländer Papier beziehe sich hinsichtlich der Abstände aber nicht auf den Brutort, sondern auf das Naturschutzgebiet. Schützenswert sei das gesamte Gebiet und zwar nicht nur für die dort brütenden Vögel, sondern auch als Lebensraum für die Vögel, die durchziehen und die dort Nahrung suchen. Die Zugkorridore seien gar nicht überprüft worden. Es sei nicht nachzuvollziehen, warum statt des Abstands zum Gebiet der Abstand zu den Nestern gemessen werde.

**Frau Dr. Schaefer** erklärt, dass man sich in einem Abwägungsprozess befinde, einerseits Erneuerbare Energien, Windkraft und auf der anderen Seite die Belange des Naturschutzes. Der Bericht treffe die Aussage, dass der Abstand zu dem Vogelschutzgebiet Oberneulander Wümmeniederung nach dem Helgoländer Papier nicht eingehalten werde. Gleichzeitig werde gesagt, die Abstände zu den schützenswerten Gastvogelarten würden eingehalten. Das sei schwierig nachzuvollziehen, schließlich sei das gesamte Gebiet für die Vögel da. Die Genehmigung sei noch nicht erteilt, daher bittet sie darum, im weiteren Verfahren detaillierte Informationen im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung zu bekommen.

**Herr Massmann** berichtet, dass sich der Beirat in den letzten 15 Monaten acht Mal mit dem Thema befasst habe. Dadurch werde deutlich, wie schwerwiegend dieser Eingriff wäre, sowohl für die Bevölkerung, gerade im Bultenweg- Gebiet als auch hinsichtlich der Vogelwelt und der Natur insgesamt. Der Beirat teile die Aussagen in diesem Bericht durchaus nicht, sondern er habe in der letzten Sitzung beschlossen, einen höheren Schutzstatus für dieses Gebiet zu fordern. Die Grenze des Vogelschutzgebiets, die Eisenbahnlinie, sei völlig willkürlich. Ökologisch sei es ein einziges Gebiet, nämlich das ursprüngliche Urstromtal, dazu gehöre das Königsmoor, der Rest der noch da ist und das ehemalige Moorgebiet bis zur Wümme hin. Der Beirat fordere, das Schutzgebiet nach Süden zum Bultensee hin zu erweitern, weil Beobachtungen dort eher eine Schutzbedürftigkeit als sogar nördlich der Eisenbahn zeigen würden. Der Beirat sei nicht destruktiv, sondern konstruktiv, er habe vor fünf Jahren dem Einzelwindrad an der Grenze zwischen Oyten und Hemelingen zugestimmt. Dort waren die Abstände aber gegeben und die Gesamtsituation eine andere. Dieses Windrad lehne der Beirat mit Entschiedenheit und einstimmig ab.

**Herr Staatsrat Meyer** stellt klar, dass das Helgoländer Papier einen entsprechenden Abstand zu Vogelschutzgebieten empfehle, es schreibe keinen Abstand vor. Im Rahmen der Abwägung sowohl zwischen Windenergie und Naturschutz als auch Windenergie und anderer Belange sei es eine Position, dass starre Regelungen immer dann aufgehoben werden sollten, wenn man die Situation besser kenne. So verstehe die Verwaltung auch das Helgoländer Papier. So verstehe auch die Fachagentur Windenergie an Land, der Zusammenschluss aller Bundesländer, die sich mit Windenergie auseinandersetzen, das Helgoländer Papier. Das Helgoländer Papier ersetze nicht eine fachlich fundierte Einschätzung der Naturschutzbehörde oder der Genehmigungsbehörde, sondern sei ein Hinweis, eine Empfehlung. Wenn man im konkreten Fall eine bessere Kenntnis der Situation vor Ort habe, dann könne man auch von dem Helgoländer Papier abweichen. Das Helgoländer Papier entfalte keine juristische Wirkung im Rahmen des Genehmigungsverfahrens.

**Herr Dr. Viebrock-Heinken** ergänzt, dass die Frage, ob die Windenergieanlage mit dem Vogelschutzgebiet vereinbar sei, bereits bei der Aufstellung des Flächennutzungsplans und jetzt erneut im Genehmigungsverfahren intensiv untersucht wurde. Es haben Begehungen stattgefunden über verschiedene Jahreszeitenperioden. Vogelschutzgebiete haben unterschiedliche Schutzzwecke, hier beziehe sich der Schutzzweck auf Gastvögel, die sich bei Überschwemmungen im nordöstlichen Bereich aufhalten. Die Naturschutzbehörde und die Genehmigungsbehörde haben sich mit diesen Fragen intensiv auseinander zu setzen und vor Ort genau zu untersuchen und zu überlegen, welchen Schutz die Vögel, die sich im Vogelschutzgebiet aufhalten, brauchen. Wenn die Verwaltung das nicht tun würde, würde sie rechtswidrig handeln, nämlich den Antrag ablehnen, obwohl das nicht nötig sei. Wenn das Signal im Flächennutzungsplanverfahren nicht positiv gewesen wäre, wäre die Fläche gar nicht ausgewiesen worden. Jetzt im Genehmigungsverfahren habe der Vorhabenträger ein erneutes Gutachten vorlegen müssen, das eindeutig feststellt, dass die Vögel, die dort Schutz bedürfen, eben nicht direkt hinter der Grenze sitzen, sondern weiter nördlich.

Frau Dr. Schaefer bittet darum, ihr die Ergebnisse zur Verfügung zu stellen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 13g)	<b>Sachstand Ingeborg-Andresen-Weg</b> -61-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP13h)	<b>Sachstand der zusätzlichen Stellen für den Wohnungsbau im Rahmen des Integrationskonzeptes</b> -15-	BdV schriftlich
---------	---	--------------------

Frau Neumeyer bedankt sich für den Bericht und bittet zum Jahresanfang 2018 um einen neuen Sachstandsbericht.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 13i)	<b>Aktueller Sachstand der Bauabschnitte 2/2 und 4 der A 281</b> -5-	BdV schriftlich  L/S
----------	---	-------------------------------

Siehe auch Protokoll der 21. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft am 14.09.2017.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 13j)	<b>Fahrradstraße Humboldtstraße</b> -5-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 13k	<b>Radpremiumroute</b>	BdV schriftlich
---------	------------------------	--------------------

Herr Saxe weist darauf hin, dass für einen zügigen Ausbau der Radpremiumroute mehr Geld erforderlich sei.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (Stadt) nimmt den Bericht zur Kenntnis

2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (Stadt) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um erneute Berichterstattung zur Priorisierung der für eine Umsetzung zeitnah vorgesehen Abschnitte.

Einstimmig

TOP 13l)	<b>Verkehrsberuhigung "Lange Reihe"</b> -50-	BdV <b>mündlich</b>
----------	---	------------------------

**Herr Polzin** berichtet, dass die Straße Lange Reihe Bestandteil der Vorzugsvariante der Fahrradpremiumroute sei und in diesem Zusammenhang ggf. eine Umgestaltung vorgesehen sei.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 13m)	<u><b>Neufassung</b></u> <b>Vergabeverfahren Übernahme, Transport und Verwertung von Bio- und Grünabfällen</b> -25-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

**Herr Senator Dr. Lohse** ergänzt eine weitere Änderung des Berichtes: Auf S. 5 in der Antwort zu 8c) lautet der 1. Satz „Im Rahmen der europaweiten Ausschreibung hat der Bieter Remondis einen grundsätzlich genehmigungsfähigen Standort benannt.“ Die Änderung sei erforderlich, weil derzeit geprüft werde, ob es sich um ein Industrie- oder ein Gewerbegebiet handele.

**Herr Janßen** hält es für eine schlechte Ausrede, zu sagen, Personal stehe nur in geringem Maße zur Verfügung. Dann müsse die Forderung enthalten sein, in Zukunft eigene Kapazitäten wieder aufzubauen. Zur Aussage, es bestehe ein Genehmigungsrisiko bei der Umsetzung in Eigenregie für eine Biogasanlage am Standort Fahrwiesendamm (Beiräte), erinnert er daran, dass der Beirat Walle einstimmig der Entwicklung einer Biogasanlage zugestimmt habe. Er bittet um eine Erklärung, weshalb getrennt auf Bio- und Grünabfall geboten werden konnte. Eine Biogasanlage lasse sich nur mit Grünschnitt nicht energetisch sinnvoll betreiben. Wenn in den Ausschreibungsunterlagen eine Kilometerangabe für das Zwischenlager möglich ist, warum könne man dann nicht auch eine Kilometerbegrenzung für den Ort der Verwertung einführen? Weiter bittet er um eine Einschätzung, wie vergaberechtlich die qualitativen und quantitativen Anteile zu bewerten seien.

**Frau Schiemann** weist unter Bezug auf die Beiratssitzung am letzten Montag darauf hin, dass in den Ausschreibungsrichtlinien eindeutig ein Standort in einem Industriegebiet für die Übergabestelle vorgesehen sei. Der vom Bieter vorgeschlagene Standort befinde sich ausdrücklich nicht in einem Industriegebiet, sondern in einem Gewerbegebiet.

**Frau Dr. Schaefer** erinnert an eine Diskussion vor einigen Jahren über eine Verstromungsanlage. Damals konnten sich der Umweltbetrieb Bremen (UBB) und die Firma Nehlsen nicht einigen und am Ende konnte es keiner von beiden umsetzen. Darum hatte man beschlossen, dass es eine Ausschreibung geben solle. Dass das Ergebnis unbefriedigend sei, würden alle teilen. Es sei wichtig, wenn es um Alternativstandorte gehe, dass auch die bisher genutzte Fläche am Fahrwiesendamm betrachtet werde. Allerdings sei der Status Quo dort

ebenfalls sehr unbefriedigend, nicht nur energetisch, sondern im Moment würden die Abfälle offen gelagert, was in Walle deutlich zu riechen sei. Es müsse eine Bedingung sein, dass ein zukünftiger Übergabepunkt einzuhausen und mit Geruchsfiltern zu versehen sei.

**Herr Staatsrat Meyer** verweist darauf, dass man dem Vergaberecht unterliege und entsprechend entscheiden musste. Auch deswegen, weil die Deputation im November des letzten Jahres beschlossen habe, auszuschreiben. Zumindest in der CO<sub>2</sub>-Bilanz sehe es nicht schlechter aus, weil man sehr viel früher in die Verstromung des Biomülls einsteigen könne, als mit einer noch nicht existenten Anlage in Bremen. Vor der Ausschreibung wurde eine Marktbeurteilung erstellt. Dabei habe man festgestellt, dass derzeit keine freien Kapazitäten im Umkreis vorhanden seien. Man sei davon ausgegangen, dass mit dieser Ausschreibung, mit einer Vertragslaufzeit von zwölf Jahren, der Bau einer neuen Anlage in der Nähe von Bremen angereizt werden würde. Die Firma Remondis verfüge über eine Anlage mit einer alten EEG-Einspeisung, womit sie überraschenderweise gewinnen konnte, obwohl sie in dem Kriterium Entfernung keine Punkte bekommen hatte. Das Umweltressort sei darüber auch nicht glücklich. Zum Personal stellt er klar, dass es nicht um die Menge des Personals gehe, sondern um fachlich kompetentes Personal. Die FHB habe bisher keine Biogasexperten oder Vergärungsexperten im Personalbestand.

Bei den Kriterien mache 80% der Preis aus. Das entspreche den Vorgaben des Vergaberechts und der Rechtsprechung in Deutschland. Selbst wenn man das Kriterium Entfernung höher bewertet hätte, hätte das Angebot von Remondis gewonnen.

Die Ausschreibung erfolgt in mehreren Losen und getrennt nach Bio- und Grünabfall, auch um mittelstandsfreundlich auszuschreiben und mehr Unternehmen zur Auswahl zu haben.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>NACHTRAG TOP 13n)</b>	<b>Maßnahmen an der Stephanibrücke</b> -ASV-	<b>BdV mündlich</b>
--------------------------	---	---------------------

Der Bericht wird vertagt und soll zur nächsten Sitzung schriftlich vorgelegt werden.

<b>TOP</b>	<b>Verschiedenes</b>	
------------	----------------------	--

**Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:**

<b>Sachstand Lucie-Flechtmann-Platz</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Herrn Saffe</b>	zu einer der nächsten Sitzungen
<b>Sachstand zum Bauvorhaben „In den Wellen“</b> Unerlaubte Baumfällungen, Verkehrssituation	Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Frau Dr. Schaefer</b>	zu einer der nächsten Sitzungen
<b>Sachstand „Aumunder Wiesen II“</b> Unerlaubte Baumfällungen	Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Frau Dr. Schaefer</b>	zu einer der nächsten Sitzungen
<b>Temporäre Halteverbotszonen</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Herrn Saxe</b>	Zusammen mit dem Berichtswunsch von <b>Herrn Buchholz</b> vom 17.08.2017 zu einer der nächsten Sitzungen



<b>Neubau Brücke Braut-Eichen zeitgerecht fertig?</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Frau Neumeyer</b>	zu einer der nächsten Sitzungen
---	--	------------------------------------

**Herr Pohlmann** schließt die 21. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll